



KREISTAGSFRAKTION

Stellv. Fraktionsvorsitzende
Annegret Raffel
Sattlerstr. 25, 48369 Saerbeck
Annegret_raffel@web.de

Haushaltsrede CDU-Kreistagsfraktion

16.12.2024

- Es gilt das gesprochene Wort
-

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kreistagskolleginnen und –kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und der Presse,
liebe Gäste,

laut dem Ifo-Institut steckt die deutsche Wirtschaft in der Krise fest. Nach einem Minus beim Bruttoinlandsprodukt im letzten Jahr, wird es in diesem Jahr wohl nur stagnieren.

Industrie und Bauwirtschaft sind in der Krise, Autobauer kränkeln, Autozulieferern geht die Luft aus. Investitionen sind stark rückläufig, Exporte sind rückläufig, Importe sind rückläufig. Ob die nächsten Jahre wirtschaftlich besser werden, wissen wir noch nicht.

Aber wir wissen, dass die wirtschaftliche Talfahrt massive Auswirkungen auf unsere kommunalen Finanzen hat.

Wir sind ein Kreis mit einer traditionell niedrigen AQ. Daher trifft uns der Fachkräftemangel seit Jahren besonders hart. Wir haben aber nicht nur einen Fachkräftemangel, sondern auch einen Arbeitskräftemangel. Es fehlt an allem und an jedem.

Laut dem IWD (Institut der dt. Wirtschaft) fehlten im Sommer 2024 in Deutschland

- 20.000 Fachkräfte in der Kinderbetreuung,
- 18.000 Sozialarbeiter
- 30.000 Kranken- und Altenpfleger

und Zehntausende im Handwerk. 60-80% der offenen Stellen konnten nicht mit passend qualifizierten Arbeitslosen besetzt werden.

Zahlen, die sich auch bei uns widerspiegeln. Wir haben ein Problem. Wir haben nicht genug Menschen für unsere anfallenden Arbeiten.

Gleichzeitig steigen unsere Ausgaben in den öffentlichen Haushalten. Immer mehr Auflagen von Bund und Land sorgen für immer mehr behördlichen Aufwand und somit für mehr Personalbedarf in den Verwaltungen.

Die Aufgaben und Kosten des Landschaftsverbandes steigen ins Unermessliche und wir als Kommunalpolitiker müssen zuschauen. Wir wissen kaum noch, wie wir die gestiegenen Kosten in den Griff kriegen sollen.

Alle Kosten auf die Kommunen abzuwälzen wäre unredlich, denn am Ende müssten die Kommunen dies auffangen.

Die Kommunen haben zwei Möglichkeiten: entweder drastische Kürzungen in kommunalen freiwilligen Leistungen und da trifft es meist das Ehrenamt, den Sport oder die Jugendarbeit. Oder eben Steuererhöhungen. Dann trifft es mittelständische Unternehmen, Landwirte, Familien mit Kindern, Hausbesitzer, Mieter, junge Menschen und Rentner. Also Gruppen, die es gerade finanziell schwer haben.

Daher will gut überlegt sein, wo und wie man die gestiegenen Kosten auffangen kann.

Wir, die CDU-Fraktion, sind überzeugt, dass wir im Kreis eine Pflicht haben, uns immer wieder zu hinterfragen. Alte Beschlüsse gehören auf den Prüfstand, Verfahren müssen entschlackt werden und es muss auch mal quergedacht werden dürfen, ohne dass man direkt an den Pranger gestellt wird.

Und: Man muss auch den Mut aufbringen, unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

Wir dürfen uns nichts vormachen. Die fetten Jahre sind fürs Erste vorbei. Es kommen jetzt magere Jahre. Wir werden also wieder kleiner denken müssen, mal mit weniger auskommen, umschichten, priorisieren und heftigen Gegenwind auch einmal aushalten müssen. Anträge zu stellen und Geld auszugeben, ist einfach. Nein zu sagen, ist es nicht immer.

Daher haben wir als CDU-Fraktion klare Prioritäten gesetzt und uns auf das Wesentliche konzentriert.

Wir wollen, dass weitere 3 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage entnommen werden, um die Kommunen zu entlasten. Mit dem gemeinschaftlichen Antrag von CDU/UWG/FDP kommen wir den Anliegen der Kommunen einen großen Schritt entgegen.

Wir hoffen, dass diese Grundhaltung auch von anderen politischen Fraktionen geteilt wird.

Wir wollen, dass unser Kreis ein lebenswerter Ort für Menschen jeder Generation ist und zukunftsfest aufgestellt ist. Großen Wert hat für uns die Unterstützung des Ehrenamtes, denn ehrenamtliches Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen. Wir wollen, dass unsere Infrastruktur in Schuss bleibt und Mobilität sich an den Bedürfnissen der Menschen im ländlichen Raum orientiert. Wir unterstützen unsere Schulen und den Sport. Wir begleiten die Verwaltung auf ihrem Weg in die digitalisierte Behörde.

Auch die Anstrengungen, bei der Suche nach Arbeitskräften neue Zielgruppen zu erschließen, finden wir richtig. So ist der Kreis Steinfurt beispielsweise als einer von zwei Kreisen in NRW bei dem Pilot-Projekt „Quereinstieg in Kitas“ (kurz QiK) dabei und somit bereit, viel Zeit und Mühe zu investieren, in der Kinderbetreuung neue Wege zu gehen, um gute Kinderbetreuung am Ende sicher zu stellen.

Jugendarbeit sozialräumlich zu denken und hier das Ehrenamt stärker in die Jugendarbeit einzubeziehen, ist ebenfalls etwas, das uns am Ende in mehrfacher Hinsicht zu Gute kommt.

Wir möchten über Kulturentwicklungsplanung strategische Ziele in der Kultur festlegen. Der Bevölkerungsschutz, Soziales, Gesundheit und Pflege sind uns wichtig. Klima-, Umwelt- und Naturschutz und Nachhaltigkeit sind seit vielen Jahren Themen mit hoher Priorität für uns und den Weg wollen wir sinnvoll weitergehen. Wir wollen die Wirtschaft und Landwirtschaft stärken, denn da findet die Wertschöpfung statt.

Aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage wird das Geld aus Berlin und Düsseldorf weniger werden.

Wir, die CDU-Fraktion, sagen klar, dass wir als Kreis Steinfurt wegbrechende Gelder aus Land und Bund nicht auffangen und gegenfinanzieren können. Damit würden wir uns und unsere Kommunen finanziell überfordern. Fällt Förderung von Land oder Bund weg, muss das Projekt auf den Prüfstand, um zu schauen, wie es mit weniger Geld gehen kann.

Mit Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, dass reichlich Anträge gestellt wurden, zu Dingen, die schon längst auf dem Weg oder schon erledigt sind, oder die keine nennenswerten Auswirkungen auf den Haushalt haben.

Projekte im Ehrenamt wie z.B. „Unser Dorf hat Zukunft“, Sparkassen-Münsterland-Giro, touristische Infrastruktur oder die Bezuschussung der Kreishandwerkerschaft zu streichen, lehnen wir ab. Sie bringen fast nichts für die Haushaltslage ein. Die Streichung würde aber viel Schaden anrichten und ist daher für uns keine Option.

Wir sind auch überrascht, dass von anderen Fraktionen weiterhin Anträge gestellt wurden, als wenn es gar keine finanzielle Krise gäbe.

Wir sind gespannt, ob von uns gestellte Prüfaufträge zum Haushalt zumindest bis zum Ende der Prüfung mitgetragen werden oder ob allein die Bitte nach einem Prüfauftrag schon zur „Roten Linie“ für den Haushalt erklärt wird und als Argument benutzt wird, den Haushalt öffentlichkeitswirksam abzulehnen.

Meine Damen und Herren,

Wir, die CDU-Fraktion, stimmen dem Haushaltsentwurf und dem Stellenplanentwurf für das Jahr 2025 mit unseren Änderungsanträgen zu. Ein verabschiedeter Haushaltsplan gibt Planungssicherheit für das nächste Jahr. Planungssicherheit für die Kommunen. Planungssicherheit für die Projekte, die wir beschlossen haben und für die Menschen, die dahinter stehen und auf unser Verantwortungsbewusstsein vertrauen. Daher hoffen wir, dass wir in dieser ernsten Lage den Haushalt 2025 jetzt gleich mit einer stabilen Mehrheit beschließen werden.

Wir danken dem Landrat und den Dezernenten für die gute Zusammenarbeit, der Kämmerei und den Fachämtern für die Aufstellung des Haushaltsplanes und allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die geleistete Arbeit im laufenden Jahr.

Vielen Dank auch an die Presse für die faire und sachliche Berichterstattung.

Wir danken den anderen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit und die respektvolle Gesprächskultur und wir wünschen uns dies auch für die Zukunft.

Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest, viel Gesundheit und Erfolg für das Neue Jahr 2025.

Vielen Dank!

Für die CDU-Kreistagsfraktion
Annegret Raffel